

FARBAUSDRUCKE
BIS ZU

50%

GÜNTIGER IM VERGLEICH
ZU LASER.

Handelsblatt

» Drucken

GASTKOMMENTAR

11.07.2012, 10:30 Uhr

Europa muss die Integration vorantreiben

von Thomas P. Gehrig

An der Debatte über eine Bankenunion spiegelt sich das Schicksal Europas: Die Frage, inwiefern die Staaten bereit sind, sich einer zentralen Aufsicht zu unterstellen, ist elementar. Europa darf jetzt nicht mehr zögern.



Ende Juni beim EU-Gipfeltreffen in Brüssel.

Quelle: dpa

Mit den EU-Gipfelbeschlüssen zur Bankenunion wurde eine überfällige Debatte über die Europapolitik losgetreten. Die Debatte ist in einer Demokratie für Nachhaltigkeit und Akzeptanz von Politik von essentieller Bedeutung.

Die dabei offenbar gewordenen Emotionen sind Reaktionen auf bedenkliche Ordnungsdefizite und darüber hinaus auf Defizite der aktuellen Wirtschaftspolitik: Auseinandersetzungen über den wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen, die vor wichtigen Beschlüssen geführt werden, hätten den wünschenswerten Aspekt, die einzelnen Argumente und Positionen auszutauschen und einer inhaltlichen Überprüfung zu unterwerfen. In Debatten nach bereits getroffenen und im kleinen Zirkel akkordierten Beschlüssen geht es nur noch um die Gesichtswahrung und die nachträgliche Legitimation der Entscheidenden.

Worum geht es in der aktuellen Sachdebatte um die Bankenunion? Aus ökonomischer Sicht geht es um die folgenden beiden Fragen:

- Erstens, was ist die Rolle des Bankensystems und wie kann das europäische Bankensystem durch eine geeignete Finanzmarktaufsicht mittelfristig krisenresistent gemacht werden?
- Zweitens, wie können aktuell in überschuldeten Staaten die unmittelbaren Finanzierungs- und Restrukturierungsprobleme der nationalen Bankensysteme dieser Staaten gelöst werden?

Die erste Frage steht bereits seit Beginn der Währungsunion im Raume (siehe etwa Willem Buiter: „Alice in Euroland“, JCMS 1999). Aber sie ist bis zum Ausbruch der Krise 2007 unbeantwortet geblieben und auch danach nicht ernsthaft angegangen worden. Der damalige Chefvolkswirt der EZB, Otmar Issing, hat sich in einem wissenschaftlichen Beitrag (JMCB 1999) sogar ausdrücklich gegen eine unmittelbare Klärung der Ordnungsfragen ausgesprochen, wohl in der Hoffnung, dass der politische Prozess im Zusammenwachsen



Thomas Gehrig, ist Institutsvorstand des Instituts für Finanzwirtschaft an der Universität Wien.
Quelle: privat

der verschiedenen politischen Kulturen in Europa die Lösung von alleine bringen könnte.

Wie wir inzwischen wissen, steht nun wieder die Beantwortung der unmittelbar drängenden Fragen vom Typ zwei im Vordergrund ohne Klärung oder gar Perspektive für eine nachhaltige Vision für den europäischen Bankenmarkt. Und genau hier liegt der Kern der Konfusion und Emotionen. Die kurzfristigen Rettungsmaßnahmen werden mit der langfristigen Architektur einer neuen Finanzaufsicht gekoppelt und – zumindest vorläufig – in die Hand der Zentralbank gegeben, die dafür bisher kein Mandat hat. Dabei entstehen zwangsläufig Fragen darüber, ob etwaige Liquiditätshilfen nur aus

Liquiditätsgründen oder aber auch für schlechte Kredite gegeben werden sollen.

Während eine Rekapitalisierung angeschlagener Banken die Aufgabe der Steuerzahler wäre, steht für eine Liquiditätshilfe die Zentralbank als Lender-of-Last-Resort bereit. In einem wettbewerbsmäßig orientierten Bankenmarkt darf ein Lender-of-Last-Resort aber keine Strukturpolitik betreiben und schlecht gemanagte Banken durch die Übernahme von schlechten Krediten subventionieren. Hiermit würde die Zentralbank nämlich auch für gute Banken sämtliche Anreize untergraben, ordentlich und gewissenhaft Kredite zu vergeben.

Notfallmaßnahmen für südeuropäische Bankensysteme

Welche Themen sind bezüglich des zweiten Fragenkomplexes akut im Rahmen der scheinbar drängenden Notfallmaßnahmen für die südeuropäischen Bankensysteme zu klären? Als mögliche Fragen stehen konkret an:

- Welche der notleidenden spanischen und anderen europäischen Banken im Mittelmeerraum sind unmittelbar zu retten? Von welchen gehen etwaige systemische Risiken für den gesamten Eurobereich aus? Offensichtlich leidet das spanische Bankensystem unter den Folgen einer schlechten Kreditvergabepolitik aus den Zeiten des Immobilienbooms, sowie aus verschleppten Strukturbereinigungen im Bankensektor.
- Wer kommt für die Finanzierung der schlechten Kredite auf, der europäische Steuerzahler über den ESM, spanische Steuerzahler, der Lender-of-Last-Resort, oder eine Mischung von allen?
- Qualifizieren die Kredite anderer Bad Banks, wie beispielsweise der deutschen Hypo Real Estate, ebenfalls für solche Hilfsmaßnahmen? Wo wird die Grenze gezogen und nach welchen Kriterien?
- Inwiefern ist es den europäischen Steuerzahlern zuzumuten, die Restrukturierung des spanischen Bankensystems zu finanzieren? Die skandinavischen Länder (inkl. Finnland) haben ihre Strukturkrisen im Bankensektor in den 90-iger Jahren aus eigenen Steuermitteln finanziert und müssten sich nun an der Restrukturierung des Mittelmeerraums beteiligen.
- Wären auch Mischformen aus 50% Eigenfinanzierung über den spanischen Steuerzahler und 50% Solidarhilfe aus ESM denkbar? Schon aus Anreizgründen würde sich durch eine solche Ko-Finanzierung der Gesamtbetrag der zu rekapitalisierenden spanischen Banken wohl (drastisch) reduzieren. Eine solche Politik wäre relativ zum Status Quo sowohl im Interesse der spanischen als auch der europäischen Steuerzahler.
- Sollte die Hilfe gekoppelt werden an die Bereitschaft des Landes, seinen nationalen und offensichtlich wenig effizienten Bankensektor bedingungslos dem europäischen Wettbewerb zu öffnen? Eine solches bedingungsloses Bekenntnis zum Wettbewerb im europäischen Bankenmarkt könnte künftigen Fehlentwicklungen im Lande Einhalt gebieten.

Die Klärung dieser und weiterer Fragen ist letztlich eine politische. Aufgabe der Wissenschaft kann es nur sein, mögliche oder wahrscheinliche Implikationen unterschiedlicher Entscheidungen sowohl für die Entscheidungsträger als auch für den eigentlichen Souverän offenzulegen, den Wähler. Es stünde der europäischen Politik daher gut an, dem Wähler zu erklären, welche Optionen aus welchen Gründen verworfen und welche konkreten Optionen aus welchem Grund angestrebt werden. Eine Beschimpfung des interessiert nachfragenden und letztlich betroffenen Souveräns und der von ihm finanzierten Experten und Hochschullehrer dagegen stellt dem Demokratieverständnis der Entscheidungsträger kein gutes Zeugnis aus.

Von einem zum nächsten Gipfel durchgewurstelt

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die jüngsten Gipfelbeschlüsse zu keiner wirklichen Beruhigung der Märkte geführt hat. Das verwundert nicht, weil eine mittel- bis langfristige Perspektive für die Entwicklung des Euroraums zum wiederholten Male verweigert worden ist. Stattdessen sind die Gipfelbeschlüsse ein robustes

Bekanntnis zu einem weiteren "muddling through".

Wohin soll die Reise in Europa langfristig gehen? Diese Frage ist wichtig, weil die Bereitschaft zu weiteren kurzfristigen Opfern entscheidend von der Perspektive bzw. Perspektivlosigkeit abhängt. Hier ist die Politik in besonderer Weise gefordert.

- Zunächst ist zu fragen, welchen Zielen das Finanzsystem des Euroraums untergeordnet werden soll? Finanzierung der nationalen Haushalte oder Finanzierung von Innovation und Wachstum in der privaten Wirtschaft?
- Welche Rolle spielt dabei der Bankenwettbewerb? Soll er disziplinierend wirken und gute von schlechten Geschäftsmodellen trennen? Gilt dies nur für kleine oder auch größere und Großbanken?
- Welche Rahmenordnung würde die Wettbewerbskräfte stützen? Wie sollte die Insolvenz schlechter Geschäftsmodelle vollzogen werden um (systemische) Rückwirkungen auf die Stabilität des gesamten Finanzsystems zu minimieren.
- Welche Institutionen sollten diese Ziele implementieren helfen und die Aufsicht ausführen? Bedarf es einer weiteren unabhängigen Finanzaufsicht für den Euroraum? Sollte diese Finanzaufsicht auch formal und organisatorisch unabhängig sein von der Geldpolitik? Ein etwaige Unabhängigkeit würde nach wie vor die Möglichkeit der Kooperation und Amtshilfe zwischen den Behörden erlauben und hätte den Vorteil, etwaige Interessenkonflikte zu minimieren.
- Wie wird die Unabhängigkeit der Bankenaufsicht implementiert - in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht? Welche Durchgriffsrechte und welche Informationsrechte kommen der europäischen Bankenaufsicht zu?

EURO IN DER KRISE

DEBATTE ÜBER DIW-VORSCHLAG

„Wenn schon Zwangsanleihe, dann bitte zinslos“

DIW-STUDIE

Reiche sollen für Krisenländer bluten

EURO-STREIT

Ökonom Horn vergleicht Ifo-Chef Sinn mit Sarrazin

Grundsätzlich stellt sich gerade am Beispiel der Bankenunion die Gretchenfrage, inwieweit Europa überhaupt (schon) bereit ist, die nationalen Institutionen einer zentralen Aufsicht zu unterstellen? Ist Europa bereit zu einem unbedingten Bekenntnis zu einem Europa der Europäer anstelle eines Europas der Nationalstaaten? Ist Europa zumindest im Bankenbereich bereit, einen einheitlichen europäischen Bankenmarkt zu schaffen? Selbst wenn das gelingen würde, wäre der Weg zu einem wahren integrierten Europa noch ein langer. Ein weiteres "muddling through" - und das haben die beiden Krisen und die aktuellen Debatten bewiesen - kann sich Europa nicht weiter

leisten. Geben wir Europa eine Chance und führen wir die zaghaft begonnenen Integration entschlossen weiter! Stellen wir uns der Diskussion der Ordnungsthemen und zeigen wir Perspektiven auf, für die es sich auch für alle Europäer lohnt, (weitere) Opfer zu erbringen!

Zum Autor:

Thomas P. Gehrig ist Institutsvorstand des Instituts für Finanzwirtschaft an der Universität Wien. Von 1997-2010 war er Inhaber des Lehrstuhls Walter Euckens in Wirtschaftstheorie an der Universität Freiburg.

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (**Mediadaten**) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | **Sitemap** | **Archiv**

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.